

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuß**

46. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Februar 1999, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Günter Fleskes (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Ursula Kähler (SPD)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
1.	<b>Akteneinsicht in Sachen Berufungsverfahren für eine C 3-Professur am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte</b>	4
	Umdrucke 14/2822, 14/2852, 14/2914, 14/3037, 14/3039	
2.	<b>Regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der französischen Region Pays de la Loire</b>	5
3.	<b>Filmförderung</b>	6
	hierzu: Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs (Textziffer 30) und Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landes- rundfunkgesetzes, Drucksache 14/1679 (§ 73)	
	(Niederschrift über die 26. nichtöffentliche Sitzung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ am 14. Januar 1999)	
4.	<b>Bericht zur politischen Bildung</b>	7
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1849	
	(überwiesen am 21. Januar 1999 zur abschließenden Beratung)	
5.	<b>Schülerbeförderungskosten</b>	9
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1256	
	hierzu: Umdrucke 14/1671, 14/1803, 14/1804, 14/1861, 14/1868, 14/1877, 14/1915, 14/1957, 14/2939 (Korrektur auf Seite 4: Die Gesamtkosten für die Schülerbeförde- rung der Schulen der dänischen Minderheit betragen im Haushaltsjahr 1997 6,497 Millionen DM und nicht 7,483 Millionen DM), 14/3036	
6.	<b>Situation und Perspektiven des Studienkollegs in Kiel</b>	10
7.	<b>Auslandstätigkeit angestellter schleswig-holsteinischer Lehrkräfte</b>	11
8.	<b>Landesverordnung über die Ersten Staatsprüfungen der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein</b>	12
9.	<b>Verschiedenes</b>	13

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Akteneinsicht in Sachen Berufungsverfahren für eine C 3-Professur am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte**

Umdrucke 14/2821, 14/2852, 14/2914, 14/3037, 14/3039

MDgt Dr. Bäumler schlägt dem Ausschuß die in Umdruck 14/3037 aufgeführten Modalitäten bei der Durchführung der Akteneinsicht vor und appelliert an die Abgeordneten, in öffentlichen Äußerungen nach der Akteneinsicht die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen nicht zu verletzen und sich um eine möglichst saubere Trennung zwischen der Bewertung des Regierungshandelns und den berechtigten Interessen des Betroffenen zu bemühen. Die Einstufung von Notizen oder Abschriften der Akten als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ bedeute, daß der Abgeordnete die Akten nur soweit heranziehe, als es für die Ausübung seines Mandats notwendig sei.

St. Dr. Stegner teilt unter Hinweis auf sein Anschreiben, Umdruck 14/3039, mit, daß sich der Betroffene mit Blick auf eine Pressemitteilung von Abg. de Jager bereits mit einem Schreiben an den Landtagspräsidenten und die Landesregierung gewandt habe.

Abg. Benker regt an, vor der Abgabe von Presseerklärungen die Angelegenheit im Ausschuß zu besprechen.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuß einstimmig, die folgenden **Modalitäten für die Akteneinsicht:**

- Die angeforderten Akten dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung erörtert und müssen **vertraulich behandelt** werden (§ 17 GO, § 3 DSO; Umdrucke 14/2914 und 14/3037).
- Die Akten dürfen nur von den ordentlichen Ausschußmitgliedern, und zwar maximal **zwei Ausschußmitgliedern pro Fraktion**, sowie der Abgeordneten Spoorendonk (SSW) eingesehen werden (und weder von stellvertretenden Ausschußmitgliedern noch von Fraktionsmitarbeitern).
- Bei der Einsichtnahme dürfen Notizen und Abschriften, aber **keine Kopien** gemacht werden (Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung vom 18. Dezember 1992). Diese werden mindestens mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ versehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der französischen Region Pays de la Loire**

Der Ausschuß wird am 3. März 1999 um 10:00 Uhr in Raum 138 ein Gespräch mit einer französischen Delegation der Region Pays de la Loire führen.

Der Ausschuß beschließt, zu Beginn der nächsten Wahlperiode einen Gegenbesuch in Frankreich zu unternehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Filmförderung**

hierzu: Bemerkungen 1998 des Landesrechnungshofs (Textziffer 30) und  
Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesrundfunk-  
gesetzes, Drucksache 14/1679 (§ 73)

(Niederschrift über die 26. nichtöffentliche Sitzung der Arbeitsgruppe  
„Haushaltsprüfung“ am 14. Januar 1999)

St Dr Stegner verweist auf den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes, Drucksache 14/1679 (§ 73).

RD Bialek beantwortet eine Frage von Abg. de Jager dahin, man öffne jetzt die Fördervoraussetzung „Programmbezug“ und behalte die Bedingung „Schleswig-Holstein-Bezug“ bei, so daß künftig auch Filme außerhalb des Fernsehprogramms gefördert würden.

Abg. Weber begrüßt die in § 73 des Gesetzentwurfs vorgenommene Öffnung der Förderung für freie Produktionen.

Abg. Fröhlich unterstreicht die Notwendigkeit, schleswig-holsteinische Filmschaffende zu fördern.

Abg. Kähler bittet den Bildungsausschuß im Namen der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ darum, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Kulturschaffenden im Lande angemessen fördern könnte.

Der Ausschuß kommt überein, zu der Thematik ein Gespräch mit den Betroffenen zu führen (MSH, Kulturelle Filmförderung, Nordische Filmtage, Filmwerkstatt in Kiel, Filmbüro in Lübeck). Über das genaue Verfahren will sich der Ausschuß in der nächsten Sitzung verständigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Bericht zur politischen Bildung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1849

(überwiesen am 21. Januar 1999 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Röper zur Entwicklung des WiPo-Unterrichts trägt St Dr. Stegner eine Reihe von Zahlen vor, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt sind.

Abg. Fröhlich mahnt Fortschritte in Sachen „Landeszentrale für politische Bildung ans Internet“ an.

Während Abg. Kähler in diesem Zusammenhang ein stärkeres Engagement der Landeszentrale erwartet, macht Abg. de Jager auf die begrenzten personellen Ressourcen der Landeszentrale aufmerksam.

Abg. Weber lobt den von der Landesregierung vorgelegten Bericht ausdrücklich und erwartet, daß auch in zukünftigen Berichten die Weiterentwicklung und Perspektiven der politischen Bildung aufgezeigt würden.

Auf eine Frage von Abg. Röper teilt St Dr. Stegner mit, der Stärkung der Medienkompetenz an den Schulen diene eine entsprechende Fortbildung der Lehrkräfte sowie der Einsatz von Schulassistenten. Die CAU bieten zum Wintersemester 1999/2000 einen freiwilligen Ergänzungsstudiengang neue Medien im Unterricht für angehende Lehrkräfte an.

Abg. Röper bittet um detaillierte Zahlen der vom IPTS im Umgang mit den neue Medien fortgebildeten Lehrkräfte (aufgeschlüsselt nach Schularten).

Auf eine Frage von Abg. Schröder zur Kampagne der Landesschülervertretung „Von wegen Klappe halten - nutze dein Recht!“ erwidert St Dr. Stegner, das Bildungsministerium habe die Herausgabe der Broschüre nicht durch eine vorgeschaltete umfassende Prüfung verzögern wollen. Das Ministerium werde das Handbuch jetzt prüfen und mögliche Ungereimtheiten im Dialog mit der Landesschülervertretung klären.

Der Ausschuß nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Schülerbeförderungskosten**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1256

hierzu: Umdrucke 14/1671, 14/1803, 14/1804, 14/1861, 14/1868, 14/1877,  
14/1915, 14/1957, 14/2939 (Korrektur auf Seite 4: Die  
Gesamtkosten für die Schülerbeförderung der Schulen der  
dänischen Minderheit betragen im Haushaltsjahr 1997  
6,497 Millionen DM und nicht 7,483 Millionen DM),  
14/3036

Abg. Röper wiederholt ihre Forderung, das Bildungsministerium möge dem Ausschuß ein Konzept zur zukünftigen Finanzierung der Kosten der Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen vorlegen.

Nach Auffassung von St Dr. Stegner ist es nicht Aufgabe der Exekutive, sondern der Legislative, eine entsprechende Initiative zur Änderung des Schulgesetzes einzubringen.

Abg. Spoorendonk bringt die Stellungnahme des SSW, Umdruck 14/3036, ein und macht erneut deutlich, daß der Landtag eine Regelung beschließen sollte, die gegenüber dem Status quo eine Verbesserung bedeute und dem Dänischen Schulverein Rechtssicherheit gewähre.

Abg. Kähler macht auf die finanziellen Auswirkungen einer wie auch immer gearteten gesetzlichen Regelung (inklusive der Förderung der übrigen Schulen in freier Trägerschaft) aufmerksam und appelliert, die Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen soweit wie möglich durch den ÖPNV befördern zu lassen.

Abg. de Jager erklärt, es müsse ein Weg gefunden werden, die Kosten für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der dänischen Schulen gerecht zu verteilen und vor allem die Höhe dieser Kosten zu minimieren. Dazu wünsche man sich noch detailliertere Zahlen des Dänischen Schulvereins.

Der Ausschuß kommt überein, die Thematik nach vorheriger Beratung in den Fraktionen zu gegebener Zeit wieder aufzurufen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Situation und Perspektiven des Studienkollegs in Kiel**

Auf eine Frage von Abg. Röper teilt St Dr. Stegner mit, das Studienkolleg zur Vorbereitung ausländischer Bewerber für einen Studienplatz sei mittlerweile an der Fachhochschule Kiel untergebracht, so daß die Kollegiaten die gesamte Infrastruktur der Fachhochschule nutzen könnten und de facto über die gleichen Rechte wie die Studierenden verfügten. Daher bestehe auch kein Bedarf, am Status des Studienkollegs etwas zu ändern.

Die Abgeordneten Weber und Schröder loben die Anbindung des Studienkollegs an die Fachhochschule, mahnen aber Verbesserungen der tatsächlichen räumlichen Unterbringung an. Der Status des Studienkollegs brauche nicht geändert zu werden.

Abg. Röper hingegen hält an ihrem Petitum fest, das Studienkolleg wie in fast allen anderen Bundesländern im tertiären Bereich anzusiedeln, um die Attraktivität Schleswig-Holsteins für ausländische Studierende nicht zu beeinträchtigen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Auslandstätigkeit angestellter schleswig-holsteinischer Lehrkräfte**

Eine Frage von Abg. Röper beantwortet St Stegner dahin, im Augenblick gebe es Gespräche zwischen Bund und Ländern, hinsichtlich einer Gleichbehandlung beamteter und angestellter Lehrkräfte bei ihrem Einsatz in anderen Ländern zu einer vernünftigen Regelung zu kommen, über die er den Ausschuß zu gegebener Zeit unterrichten könne.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Landesverordnung über die Ersten Staatsprüfungen der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein**

St Dr. Stegner teilt mit, der im Oktober 1998 in die Anhörung gegangene Referentenentwurf werde am 1. März 1999 im Landesschulbeirat behandelt und passiere das Kabinett im Frühjahr, so daß die Verordnung zum Sommersemester 1999 in Kraft treten könne. Zielvorgabe für die neuen Prüfungsordnungen für die Studiengänge aller Lehrerlaufbahnen sei unter anderem, die Gemeinsamkeiten der Lehrerausbildung, die Berufsorientierung und die Medienkompetenz zu stärken. Die fachlichen Inhalte der verschiedenen Lehrämter sollten im Grundstudium einander angeglichen, die fachdidaktischen Studieninhalte deutlicher auf die Berufstätigkeit ausgerichtet und die Bestimmungen zu den Schulpraktika verbindlicher geregelt werden.

Abg. de Jager kritisiert, daß die Prüfungen für die Lehrämter der verschiedenen Schularten nach den Verordnungsentwürfen kaum noch Unterschiede aufwiesen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Auf eine Frage von Abg. Schwarz teilt St. Dr. Stegner mit, man sei guten Mutes, in Sachen Nachfolger auf **Schloß Gottorf** bis Ende Februar Neuigkeiten zu präsentieren zu können.
- b) Auf eine Frage von Abg. Schwarz zeigt sich St. Dr. Stegner zuversichtlich, daß es gelingen werde, beim **Prinzenhaus in Plön** unter den folgenden drei Bedingungen zu einer vernünftigen Lösung zu kommen: Das einmalige Baudenkmal solle unter finanzieller Beteiligung des Landes erhalten bleiben; der öffentliche Zugang zum Rokokosaal solle erhalten bleiben; hinsichtlich der Finanzierung werde eine konsensuale Regelung zwischen Land, Kreis und Stadt angestrebt, ohne daß sich einer der Beteiligten über den Tisch gezogen fühle.
- Abg. Kähler legt Wert auf eine öffentlich-kulturelle Nutzung des Prinzenhauses.
- c) Abg. Röper nimmt Bezug auf Umdruck 14/3010 - **Öffnung der Studentafeln** - und bittet um genauere Angaben, welche Möglichkeiten der Abweichung von der Studentafel nach unten es im Grund- und Hauptschulbereich für Jahrgangsklassen mit mehr als 15 Schülern gebe.
- d) St. Dr. Stegner begründet die Tatsache, daß 30 Millionen DM **Hochschulbaumittel** nicht verausgabt worden seien, im wesentlichen mit einer Reihe von Konkursen beauftragter Firmen sowie der Höhe der Bundesmittel bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau.
- e) Abg. de Jager bittet darum, in der nächsten Sitzung in Anwesenheit der Ministerin folgenden Tagesordnungspunkt zu erörtern: Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen an internationalen Tests zur Vergleichbarkeit von Schulleistungen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer